

Wohlstand für alle – heute noch möglich?

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Wohlstand für alle – heute noch möglich?

Die Soziale Marktwirtschaft hat die Herzen der Menschen nie mit blanken Wirtschaftsdaten gewonnen. Ihre eigentliche Erfolgsgeschichte war das millionenfach erfüllte persönliche Aufstiegsversprechen: Wenn Du fleißig bist und Dich anstrengst, kannst Du mit Deiner Familie einen kleinen Wohlstand schaffen. Was heute aus mancher Ecke als spießiger Lebensentwurf verachtet wird, bedeutete die Erfüllung eines Lebenstraumes: eigene vier Wände mit Garten, schöne Urlaube in nah und fern und auch ein Auto vor der Tür, das man sich leisten konnte. Am Ende sollten es vor allem die Kinder besser haben als Mama und Papa oder gar Oma und Opa. Dürfen das heute noch politische Ziele sein? Wir denken: Ja, auf jeden Fall und für jeden nach seiner Façon!

Wir wissen aus den trockenen Statistiken, dass die Einkommen zwar seit Jahren konstant in der Breite steigen und auch mehr Menschen sozial auf- als absteigen. Aber bleibt heute für die Fleißigen in der Mitte, die dieses Land tragen, nach steigenden Steuern und Abgaben noch genug übrig? Können sie die gleichen oder persönlich gleichwertige materielle Ziele wie frühere Generationen erreichen? Fragen wir jüngere Menschen heute danach, hören wir mehr viel Skepsis als Optimismus. Ohne positive Perspektiven können wir der jungen Generation keine Lust auf Zukunft machen. Wie kann angesichts steigender Belastungen für die Mitte und verbreiteter Negativszenarien ein Aufbruch gelingen? Wir liefern auf fünf zentralen wirtschaftspolitischen Feldern Fakten und mögliche Lösungen.

1. Die Steuerlast bestraft die Fleißigen

- **In keinem anderen Land müssen sowohl Unternehmen, Unternehmer als auch Arbeitnehmer so hohe Steuern und Abgaben zahlen wie in Deutschland.** Während die Unternehmen und Unternehmer aufgrund der Steuerbelastung, die laut aktueller OECD-Studie an der Spitze der internationalen Steuerstatistik steht, keine finanziellen Spielräume für die notwendigen Zukunftsinvestitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen bleibt, fordern die Grünen, die SPD und die Linke weitere Steuererhöhungen, die insbesondere die unternehmerische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb noch stärker benachteiligen. Ein wohlstandsgenerierender Wettbewerb wird damit von Anfang an unterbunden. Ein Vermögensaufbau auf Ebene des Unternehmers als auch auf Ebene des Unternehmens ist mit diesen Rahmenbedingungen nur eingeschränkt möglich. Daraus folgt, dass das benötigte Wirtschaftswachstum in der Post-Corona-Zeit, das v.a. durch Investitionen und Konsumanreize stimuliert werden kann, durch die Pläne von Grün-Rot-Rot konterkariert wird.
- Gleichzeitig wird auch dem **Arbeitnehmer die Möglichkeit auf einen nachhaltigen Vermögensaufbau durch die aktuelle Steuerbelastung tlws. genommen.** In keinem anderen Land auf dieser Welt müssen Arbeitnehmer so hohe Steuern und Beiträge abführen wie in Deutschland. Ein unverheirateter kinderloser Steuerpflichtiger musste laut der OECD-Studie im Jahr 2020 38,9 Prozent seines Gehalts an den Fiskus abführen – dabei liegt der OECD-Durchschnitt bei 24,9 Prozent. Auch bei Familien mit Eheleuten, die beide einer Tätigkeit nachgehen, ist die oberste Belastungsgrenze bereits erreicht.
- Insbesondere die **Mittelschicht trägt mit 27,2 Prozent einen erheblichen Anteil zur veranlagten Einkommensteuer bei.** Die oberen 10 Prozent, denen gerne vorgeworfen

wird, dass Ihr Anteil an der Steuerlast zu gering ausfällt, tragen in Wirklichkeit bereits 56 Prozent der Einkommensteuer.

- Die Steuererhöhungspläne und die aktuelle Steuerbelastung werden in der Regel mit den notwendigen Einnahmen für den Bundeshaushalt gerechtfertigt. Doch die „Laffer-Kurve“, die den Zusammenhang zwischen Höhe der Steuersätze und gesamtem Steueraufkommen abbildet, zeigt: Ab einem bestimmten Punkt fällt das **Steueraufkommen sogar ab, wenn die Steuersätze noch weiter erhöht werden.** Gleichzeitig müssen Steuersenkungen nicht unbedingt zu nachhaltigen Steuermindereinnahmen führen, sondern könnten im Gegenteil sogar mehr Geld ins Staatssäckel spülen. Nur mit einem fairen Steuersystem, das einen wachstums- und wohlstandsgenerierenden Wettbewerb ermöglicht, kann ein Vermögensaufbau innerhalb aller Einkommensstufen ermöglicht werden.

2. Die Sozialabgaben entwickeln zunehmende Sprengkraft

- **Trotz jahrelangen Aufschwungs ist die Sozialstaatsquote immer weiter gestiegen.** Aktuelle Daten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales weisen für 2019 aus: erstmals über eine Billion Euro Sozialausgaben, Anstieg der Sozialausgabenquote auf 30,3 Prozent.
 - Vor zehn Jahren lagen die gesamten Sozialausgaben erst bei 754 Milliarden Euro, 1970 nur bei 73 Milliarden, die Quote damals bei 20,2 Prozent.
 - Der bisherige Höchststand von 30,8 Prozent im Krisenjahr 2009 wird 2020 mit Sicherheit klar übertroffen: Allein der Wirtschaftseinbruch lässt die Sozialausgabenquote auf 32 Prozent ansteigen. Zusätzlich wachsen die Sozialausgaben durch die Krise weiter an. Stichworte sind: mehr Arbeitslose, mehr Kurzarbeiter, mehr Ausgaben für das Gesundheitssystem.
- **Durch die hohen Sozialausgaben kratzen die Sozialabgaben für Kinderlose bereits heute an der 40-Prozent-Marke.** Dabei sind gesetzliche Unfallversicherung sowie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall noch nicht einmal berücksichtigt.
 - Bis 1960 lagen die Sozialabgaben noch unter 25 Prozent,
 - bis 1974 unter 30 Prozent und
 - bis 1985 unter 35 Prozent.
- **Wenn nun in den kommenden Jahren die Babyboomer in den Ruhestand treten, werden die Lohnzusatzkosten bei heutiger Gesetzeslage massiv, bis 2040 um rund zehn Prozentpunkte, ansteigen:** Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums rechnet mit einem Sprung der Sozialabgaben von heute 39,8 Prozent auf dann 54 Prozent. Eine aktuelle Analyse im Auftrag der Bertelsmann Stiftung geht von einem Anstieg auf 49,6 Prozent bis 2040 aus. Weitere Studien erwarten in diesem Zeitraum einen Anstieg der Sozialabgaben auf 45 bis 55,8 Prozent.
- Diese enormen Sozialausgaben müssen v.a. von den fleißigen Arbeitnehmern und Unternehmern in unserem Land über Steuern und Sozialabgaben finanziert werden. **Umso wichtiger ist es, dass bei den Lohnzusatzkosten die 40-Prozent-Grenze hält. Leider hat die Große Koalition bisher die gegenteilige Richtung eingeschlagen:**
 - Das Rentenpaket mit Mindestrentenniveau und Mütterrente 2.0 hat das sonst erfolgte Absinken des Rentenbeitrags von 18,6 Prozent auf 18,3 Prozent

verhindert. Allein die Mütterrente schlägt mit jährlich vier Milliarden Euro zusätzlich zu Buche.

- Die Grundrente verursacht Zusatzkosten in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro jährlich.
- Der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung ist zum Jahresanfang 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent für Kinderlose angehoben worden. Zusätzliche sechs Milliarden Euro sollen nun noch aus dem Staatshaushalt zugeschossen werden.

3. Soziale Bedürftigkeit als Kriterium für Umverteilung wird konstruiert

- **Armutsgefährdung wird konstruiert: Betroffen ist nach einem gängigen Kriterium bereits, wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens lebt.**
 - Das Medianeinkommen als Armutskriterien heranzuziehen, ist paradox: Gelingt es Deutschland, ausländische Fachkräfte mit überdurchschnittlichem Einkommen anzuziehen, steigt auch der Schwellenwert, ab dem Personen als scheinbar arm gelten, die Zahl Armer nimmt zu. Wandern Hochqualifizierte Deutsche ab, sinkt das Medianeinkommen und damit auch die Armutsschwelle, die Armut nimmt scheinbar ab.
- **Von 5,5 Millionen Hartz-IV-Beziehern haben etwa 2 Millionen keinen deutschen Pass.**
 - Die zugewanderten Hartz IV-Empfänger stammen regelmäßig aus Schwellen- und Entwicklungsländern – für sie bedeutet „Hartz IV“ häufig einen Wohlstandsgewinn, während Sozialverbände die vermeintliche Zunahme der Armut anprangern.
- **Deutschland bleibt Magnet für Asylbewerber**, die zumindest in ihren ersten Jahren in Deutschland die soziale Schere vergrößern:
 - 2020 wurden in der EU 461.000 Asylanträge gestellt, davon 122.000 in Deutschland.

4. Die Energiewende wird zu einer zusätzlichen Belastung für die Bürger

- Zu den ohnehin sehr hohen Wohnkosten kommen **in Deutschland die höchsten Energiekosten der Welt**. Seit drei Jahren geben Verbraucher in Deutschland im Vergleich zu allen anderen Staaten der Welt am meisten Geld für ihren Strom aus, mit 31,9 Cent/kWh je Kilowattstunde (kWh), Stand Januar 2021. Seit 2018 liegt der ehemalige Spitzenreiter Dänemark, derzeit mit 28,8 Cent je kWh, auf Platz zwei des Eurostat-Rankings. Der durchschnittliche Strompreis in Europa lag Ende 2020 bei 21,3 Cent je kWh. Am niedrigsten sind die Preise in Bulgarien, mit 9,97 Cent je kWh. Im globalen Durchschnitt kostet die Kilowattstunde 12,2 Cent – d. h. im Schnitt ist Strom in Deutschland anderthalb mal so teuer wie in anderen EU-Staaten und fast dreimal so teuer wie beim Rest der Welt.
- **Trotzdem wollen SPD und Grüne Preise für Strom, Gas, Benzin und Heizöl weiter erhöhen**, um den Klimawandel zu bremsen. Der Zweck ist zwar lobenswert, führt aber in der Praxis zu weiter steigenden Kosten für die ohnehin stark belasteten Bürger und die energieintensive Industrie. Die hohen Strompreise begünstigen einerseits die Anschaffung energieeffizienzfördernder Maßnahmen. Zeitgleich begrenzen die Preise aber andererseits das für solche Maßnahmen verfügbare Budget, insbesondere für Geringverdiener. Durch immer höhere Strompreise wird so den Bürgern das Geld aus

der Tasche gezogen, das sie brauchen, um sich energiesparende Technologien wie ein neues E-Auto, eine Wärmepumpe oder dichtere Fenster zuzulegen.

- Alle Dächer mit Solaranlagen versehen zu müssen, würde diejenigen belasten, die selber bauen wollen. Wirkliche **Nutznieser wären dann ausschließlich jene Vermögenden, die finanziell problemlos ihre Dächer mit Solaranlagen versehen und ihre Grundstücke mit Windrädern ausstatten können**, sowie über die Mittel verfügen, über den Alltagsbedarf hinaus in klimafreundliche und somit geldsparende Maßnahmen zu investieren. Der Rest trägt die steigenden Energiekosten.
- **Die Förderung insbesondere der kostengünstigen E-Autos ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, geht am Geringverdiener aber weitestgehend vorbei** – dieser muss mit seinem alten Diesel zum Broterwerb fahren, der ihm von linken Parteien ebenfalls verleidet wird. Deshalb gilt weiterhin: Technologieoffenheit ist wichtig, und Innovation und Wettbewerb müssen die Richtung vorgeben. Nicht der Verbrennungsmotor ist fossil, sondern die Brennstoffe sind es. Werden im Motor mit grüner Energie erzeugte E-Fuels eingesetzt, entsteht annähernd die gleiche Ökobilanz wie bei einem batteriebetriebenen E-Auto – nur ohne die Problematik des Rohstoffabbaus und der Entsorgung der Batterie. Doch dafür gibt es vom Staat keinerlei Anreize.

5. Durch falsche Politik rückt der Traum von den eigenen vier Wänden für die Mittelschicht hierzulande in immer weitere Ferne, wird das Leistungsversprechen gebrochen

These: Viele Menschen leisten in unserem Land jeden Tag Außergewöhnliches und tragen große Verantwortung – die Aussicht auf ein schuldenfreies Eigenheim ist dabei ein großer Ansporn. Es gilt, diesen Menschen wieder deutlicher zu zeigen, dass sich ihr Einsatz lohnt und die Rahmenbedingungen nicht diejenigen bestrafen, die bereit sind, hart für ihren Traum zu arbeiten. Im Rest Europas scheint das zu funktionieren. Wohneigentum ist dabei aber mehr als nur der Wunsch nach einem eigenen Zuhause: Es stellt eine wichtige und stabile Säule der privaten Altersvorsorge dar.

Begründung: Gerade auch im europäischen Vergleich wird deutlich, dass die Deutschen Aufholbedarf beim Wohneigentum haben: Während in Italien das Median-Haushaltsvermögen bei 240.000 EUR liegt, beläuft sich dieses in Deutschland auf lediglich 70.800 EUR. Der Grund für diesen hohen Wert – trotz der wirtschaftlich angespannten Lage Italiens – ist die hohe Wohneigentumsquote von 72,4 Prozent. Obwohl der Bestand an Wohnungen in Deutschland von 2015 bis 2018 von 41,4 Millionen auf rund 42,2 Millionen angestiegen ist, hat sich die Eigentumsquote nicht erhöht. Nur rund 17,3 Millionen Wohnungen befinden sich in Eigentümerhand und werden selbst bewohnt. Das entspricht der zweitniedrigsten Quote in ganz Europa. Dort, wohin der Zuzug am stärksten ist und wo die Menschen offensichtlich leben wollen und in der Zukunft arbeiten werden – in den Ballungszentren –, verzeichnet die Eigentumsquote hierzulande historische Tiefststände. In Berlin liegt die Eigentumsquote bei 16 Prozent, in Hamburg bei 22 Prozent.

These: Die entscheidende Hürde beim Erwerb bilden nach wie vor das fehlende Eigenkapital und zu hohe Kaufnebenkosten aus Notar- und Grundbuchkosten, Grunderwerbsteuer und ggf. Maklercourtage. Gerade im Hinblick auf die grundsätzliche Nichtfinanzierbarkeit der Erwerbsnebenkosten durch Kredite streben potentielle Käufer

einen möglichst niedrigen Gesamtkaufpreis sowie möglichst niedrige Erwerbsnebenkosten an.

Eigenkapital: In der Phase der Eigenkapitalbildung etwa könnte die Mobilisierung erforderlichen Kapitals erleichtert werden, in dem zum Beispiel die steuerfreie Umwandlung von Sparverträgen, Lebensversicherungen oder Wertpapieranlagen zulässig wäre, beim Bausparen die Arbeitnehmersparzulage gestärkt wird.

Kaufnebenkosten: Aktuell belaufen sich die Erwerbsnebenkosten (je nach Bundesland) auf bis zu 12 Prozent der Kaufsumme. Hier sollte, wie bereits skizziert, die Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie fallen und sollten die Kaufnebenkosten genauso wie Darlehenszinsen für die eigene selbstgenutzte Immobilie vollständig von der Einkommensteuer abzugsfähig sein. Auch die Grundsteuer könnte als Hebel genutzt werden, sie sollte für Eigennutzer reduziert oder zumindest steuerlich absetzbar gestaltet werden.

These: Auch hohe Baukosten erschweren für immer mehr Deutsche den Weg ins eigene Heim. In der Diskussion um die steigenden Baukosten wird jedoch der Blick ein ums andere Mal darauf verstellt, dass nicht die Wirtschaft, sondern vor allem der Staat selbst größter Kostentreiber ist und überdies am Neubau mehrfach mitverdient.

Beispiel Grunderwerbsteuer: Von 2014 bis 2017 hat sich das Steueraufkommen der Länder an dieser Steuerart um mehr als ein Viertel auf nunmehr 13,5 Milliarden Euro erhöht. Seit 2007 haben die Länder insgesamt 26-mal an der Preisschraube gedreht. Das ist insoweit skandalös, als dass der Staat bereits am Bau von Wohnungen und Häusern kräftig mitverdient – über Umsatzsteuer auf Bauleistungen, Einkommens- und Lohnsteuer des bauausführenden Handwerks und Architektenleistungen, sowie allgemein übliche Abgaben. Die Grunderwerbsteuer ist folglich eine Doppelbesteuerung am Bau.

In den Niederlanden etwa ist der Neubau – unabhängig von der späteren Nutzungsart – einmalig von der Grunderwerbsteuer ausgenommen, um den Effekt der Doppelbesteuerung zu vermeiden und günstigen Wohnraum zu ermöglichen. Dieses Modell sollte auf Deutschland übertragen werden.

Rechenbeispiel: Ein Einfamilienhaus zum Preis von 350.000 Euro würde nach bisheriger Rechtslage zu einer Grunderwerbsteuer in Höhe von 12.250 Euro bis 22.750 Euro führen. Durch die Einführung des Grunderwerbsteuerfreibetrags würden die Erwerbsnebenkosten in der vollen Höhe der Grunderwerbsteuer gesenkt werden.

Beispiel Umsatzsteuer: Die Baukosten eines Einfamilienhauses in Höhe von 275.000 Euro beinhalten ca. 52.250 Euro Umsatzsteuern. Die Befreiung von der Umsatzsteuer für Baukosten für selbstgenutztes Wohneigentum führt zu einer Ersparnis in Höhe der bisherigen Umsatzsteuerlast.

Weitere Kostentreiber sind Bauauflagen, die Klimaschutzgesetzgebung, fehlende Wohneigentumsprodukte, u. a. durch unzureichende Baulandmobilisierung, kaum Nachverdichtung, Verhängung eines Umwandlungsverbots.